

Vortrag

„Die Europäische Union – vom Traum zur Mühe der Praxis“

anlässlich der Festsitzung zum Einsteintag

der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften

in Potsdam am 30. November 2012

Europa befindet sich in tiefen Krisen: Wettbewerbsfähigkeit ging verloren; Staatsverschuldungen stiegen dramatisch; das Vertrauen in das Projekt Europa schwindet zusehends. Doch wir führen keine ehrliche Debatte über die Gründe. War es wirklich die Weltwirtschaftskrise, die uns in diese Lage geführt hat? Der Kollaps der Finanzmärkte vor fünf Jahren, dann die realwirtschaftliche Rezession – the Second Great Contraction - und nun die sozial schmerzhafteste Last übermäßiger privater und öffentlicher Schulden – sie scheinen doch als Kausalkette eindeutig? Oder ist die gemeinsame Währung der Eurozone der entscheidende Grund für das Aufflammen alter Vorurteile und Spannungen, und beruhte schon der Euro selbst auf einem Missverständnis der Möglichkeiten Europas?

Warum führen wir alles auf die Folgen der in den USA entstandenen großen Wirtschafts- und Finanzkrise zurück und machen Banken und Finanzwirtschaft für den miserablen Zustand Europas verantwortlich? Ist es vielleicht bequem, einen anderen Schuldigen als die eigene Politik der Europäer zu haben? Lassen Sie uns zunächst diese Frage überprüfen.

Zum Kernpunkt der Krise heute: zur Staatsschuldenkrise. Es ist nachweislich falsch die hohen Staatsschulden in der Eurozone in erster Linie auf die Finanzkrise zurückzuführen. Einige wenige Zahlen zum Verhältnis Schuldenquote/Bruttoinlandsprodukt (BIP), das Maastricht-Kriterium, können das belegen: Deutschland hatte 1980 eine Quote von 30 % Staatsschulden am BIP, 2005, also vor der Krise, schon 69 %; mehr als „Maastricht“ erlaubt. Griechenland 1980 etwa 22,5 %, 2005 dann 101 %; Frankreich 1980 nur 20,7 %, 2005 aber dann 61 %; Italien 1980 rund 57 %, dann 2005 schon 105 %. Und so weiter. Die Lage in Spanien und Irland war allerdings anders; hier wirkte in einem ungezügelter Immobilienboom die Krise spürbar.

Die Finanzkrise hat die Probleme zwar verschärft, aber nirgendwo verursacht. Auch ohne sie wäre der staatliche Schuldenstand in Europa wahrscheinlich von Konjunkturzyklus zu Konjunkturzyklus weiter angestiegen, und auch die Immobilienblase in Spanien und Irland wäre irgendwann geplatzt. Was war aber dann die Ursache?

Alles resultierte letztlich aus der Unfähigkeit der Politik sich den Folgen der Globalisierung zu stellen. An Schulden ist nämlich immer zunächst der Schuldner schuld und nicht der Gläubiger!

Auch was Streit und Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Europäischen Union angeht, lässt -wie so oft im Leben - der Blick zurück manches rosiger erscheinen, als es war. Schon die Römischen Verträge von 1957, also die Gründungsurkunden der heutigen Europäischen Union, wurden von Großbritannien nicht unterzeichnet. Churchill hatte zwar 1946 in seiner Züricher Rede die „Vereinigten Staaten von Europa“ gefordert – aber Großbritannien ausdrücklich ausgenommen. Der Inselstaat, der in diesen Tagen wieder droht eine spaltende Sonderrolle einnehmen zu wollen, blieb weitere 15 Jahre lang der Wirtschaftsgemeinschaft fern und, nach zögerlichem Beitritt 1973, ertrotzte Großbritannien in den 80er Jahren eine finanzielle Sonderbehandlung, weil Mrs. Thatcher unnachgiebig ihr „money back“ verlangte. Großbritannien hat eben gegenüber dem Kontinent seine Sonderrolle niemals aufgegeben.

Frankreich und Deutschland hatten immer wieder versucht, Großbritannien zum Beitritt zu bewegen, bis schließlich 1962 Präsident de Gaulle der Kragen platzte und er Bundeskanzler Adenauer vorschlug, den europäischen Weg mit Deutschland zunächst nur zu zweit zu gehen. Adenauer stimmte zu, aber der aus dieser historischen Stunde geborene Deutsch-Französische Freundschaftsvertrag, der sogenannte Elysée-Vertrag, wurde dann unter US-amerikanischem Druck in einer Präambel „atlantisch“ so verwässert, dass de Gaulle die Lust daran verlor und auf einen national-französischen Kurs umsteuerte. Dieser führte 1965/66 zur sogenannten „Politik des leeren Stuhls“ Frankreichs, als nämlich die französische Regierung sich weigerte weiter am Entscheidungsprozess der EWG teilzunehmen (Ursache war ein Streit über Getreidepreise). Die Gemeinschaft wurde um Jahre zurückgeworfen.

Also: Meinungsverschiedenheiten und nationale Interessen waren in Europa nach 1957 immer im Spiel und es wäre ja auch ein Wunder gewesen, wenn amerikanische Hegemonie 1945 nicht nur die Waffen auf dem seit Jahrtausenden streitenden Kontinent, sondern auch die unterschiedlichen nationalen Identitäten und ihre Interessen hätte zum Schweigen bringen können. Woher aber stammen diese bis heute fortdauernden „nationalen Identitäten“? Um dies besser zu verstehen, müssen wir die europäische Geschichte erinnern.

Alles beginnt mit dem erstaunlichen Aufstieg Europas in der Neuzeit: Warum ließen wir wirtschaftlich und kulturell alle anderen Kontinente so eindeutig hinter uns? Die plausibelste Erklärung der Historiker hierfür scheint mir in der Tatsache zu liegen, dass Geografie und Völkermischung im europäischen Raum eine Vielfalt von Spra-

chen und Kulturen entstehen ließen, die in der gedrängten räumlichen Nähe - trotz vieler Gemeinsamkeiten - einen intensiven Wettbewerb stimulierten, damit natürlich immer wieder auch kriegerischen Streit! Aber es waren eben diese höchst kreativen Sprachräume, die eigenständige kulturelle Gewohnheiten und Mentalitäten formten. Der innereuropäische Wettbewerb macht dann Europa zugleich mächtig und zerstritten. Aus den Unterschieden entsprangen Größe und Kraft unseres Kontinents. Gewiss, es gab auch große kulturelle Gemeinsamkeiten: Christentum, Humanismus und die Wurzeln in der Antike. Aber wie in einem großen Wald gleichen sich die Bäume nicht, auch wenn sie auf demselben Boden stehen.

Diese regionalen Prägungen und die geografischen Barrieren haben eine europäische politische Einheit stets verhindert. Man stritt in Europa und verschmolz; man lernte voneinander und konkurrierte zugleich; Regionen, Stämme - und später Nationen - blieben sowohl sprachlich als auch kulturell bestehen. Die Römer unterwarfen zwar Griechenland, mussten aber die Griechen Griechen bleiben lassen; so ging es ihnen auch in Germanien, Gallien und Spanien. Das „Heilige Römische Reich deutscher Nation“, in dem die Sonne angeblich nicht unterging, wurde von einem in Gent geborenen Kaiser aus der österreichischen Habsburger Monarchie, Karl V, von Madrid aus regiert, aber die stolzen Niederlande wollten frei sein, fielen unter seinem Sohn vom Reiche ab. Heute sind die Beziehungen Spaniens zu Österreich, dem einst zentralen Sitzland der damaligen Habsburger, nicht anders als etwa zu Frankreich oder zu den einst abtrünnigen Niederlanden. Und noch heute lautet die niederländische, die wohl überhaupt älteste Nationalhymne: „Wilhelmus van Nassouwe ben ik van Duitsen bloed/den Vaderland getrouwe/blijf ik tot in den dood“. Wilhelm von Nassau (oder auch Oranien) war ein Deutscher aber zugleich der Anführer des Befreiungskriegs im 16. Jahrhundert und niederländischer Nationalität. Und im Kampf um Unabhängigkeit und Sicherheit, vor Sturm und Flut, entwickelten diese Niederlande dann aus dieser Geschichte und aus ihren regionalen Besonderheiten eine bis heute einzigartige Bürgerkultur.

Sind diese Beispiele nur Vergangenheit? Ist Geschichte „bunk“ (Quatsch), wie Henry Ford einmal meinte? Sicherlich nicht: Geschichte ist eine mächtige, gegenwärtige politische Kraft. Wir Deutschen spüren das täglich, wenn wir uns an Naziterror und Holocaust erinnern – oder daran erinnert werden. Doch in anderen Ländern ist die Macht der Erinnerung kaum geringer. Als vor einigen Tagen Premierminister Cameron Bundeskanzlerin Merkel mit einer roten Mohnblüte im Knopfloch empfing, werden die meisten deutschen Fernsehzuschauer wohl kaum verstanden haben, was in Großbritannien jedermann wusste: Die Blume war das Symbol für den Sieg Englands über Deutschland im Ersten Weltkrieg, damals im November 1918, also vor fast 100 Jahren. Und im November trägt man deswegen eben in Großbritannien noch heute roten Mohn!

Oder: Wenn der rechtspopulistische und steuerfeindliche Flügel der Partei von Mitt Romney sich TeaParty nennt und gelegentlich bei Veranstaltungen sogar Uniformen des 18. Jahrhunderts trägt, dann erinnert man damit an den Aufstand der amerikanischen Kolonien gegen britische Staatsherrschaft - die Boston teaparty - und die aus London undemokratisch verordneten Teesteuern: „No taxation without representation“. Teaparty damals war eine Bewegung gegen den fremden Staat. Man nutzt diesen historischen Bezug – TeaParty - heute um nun gegen die Steuerpolitik des „fernen“ Washington zu polemisieren: nach fast 250 Jahren!

Oder: Wenn in Ungarn das Wort „Trianon“ fällt, dann erinnern alle Ungarn - gleichgültig welcher Partei - noch heute zornig an den ungerechten Friedensvertrag von 1919, der Ungarn fast zwei Drittel seines Territoriums nahm – vor nahezu 100 Jahren; und dann polemisiert man eben noch heute gegen jede „Fremdherrschaft“ - notfalls auch aus Brüssel.

Die Geschichte derjenigen Völker, die heute etwas vereinfachend gemeinsam als „Europäer“ bezeichnet werden, hat – wiederum geografisch, klimatisch und stammeshistorisch bedingt – regional auch höchst unterschiedliche Mentalitäten entstehen lassen. Kürzlich, bei einigen historischen Studien zur Entwicklung politischer Institutionen, stieß ich auf folgenden Text zum Bürgerverhalten in Steuerfragen: Braucht man „..... für öffentliche Zwecke (Geld), so erheben die zuständigen Behörden von allen Einwohnern eine VermögensabgabeEntspricht dieser Beschluss der Verfassung, so erscheint jeder vor dem Steuereinnehmer und gibt (wirft) in eine dazu aufgestellte Kasse den Betrag, den er nach seinem Gewissen geben zu müssen glaubt. Zeuge für die Richtigkeit dieser Zahlung ist niemand außer dem, der sie leistet. Daraus lässt sich schließen, wie viel Rechtschaffenheit noch in diesen Menschen lebt Diese Rechtschaffenheit ist unserer Zeit umso mehr zu bewundern, als sie außerordentlich selten ist“. Steuermoral sagt man heute dazu. Der Text fährt dann fort, dass „französische spanische (und) italienische Sitten“ hierfür zu „verderbt“ seien und stellt schließlich fest, dass man diese „Rechtschaffenheit eigentlich nur noch bei den Deutschen (findet)“.

Na ja, so ganz kann man das heute aus Schweizer Sicht kaum noch bestätigen. Doch: Aus welcher Zeit stammt wohl dieser Text? Nicht etwa, wie mir auf diese Frage häufig geantwortet wird, aus dem späten 19ten Jahrhundert; auch nicht aus dem 18. oder 17.: Der Text stammt aus den Discorsi von Machiavelli, geschrieben wohl 1513, also vor genau 500 Jahren!

Was sagt uns das? Es sagt nicht, dass die einen besser sind als die anderen – nur dass sie eben anders sind, andere Gewohnheiten haben und deswegen auch anders regiert werden müssen.

Als nach den schrecklichen beiden Weltkriegen des vergangenen Jahrhunderts endgültig geklärt war, dass zur Befriedung Europas kein hegemonialer Weg aus Europa selbst führen könne, (Napoleon war ebenso gescheitert wie das faschistische Deutschland) suchte man - nun allerdings unter US-amerikanischer Hegemonie – zur dauerhaften Befriedung einen Weg gleichberechtigter Integration. Und nach allen historischen Erfahrungen war dieser Weg auch der einzig gangbare – und er bleibt es auch! Aber Geschichte ist eben nicht nur Daten und Ereignisse, nicht nur Siege und Niederlagen, nicht nur Kultur und soziale Entwicklung. Geschichte ist auch mächtige Erinnerung, ist nationale Bindungskraft und damit eine durch sie immer wieder mobilisierbare, gegenwärtige Mentalität.

Doch berücksichtigt man das im Einigungsprozess Europas? Was machte man nach 1945? An die Stelle hegemonialer Träume der Vergangenheit trat jetzt ein neuer Traum der „Vereinigten Staaten von Europa“. Dabei beachtete man jene geschichtsgeprägten, mentalen Unterschiede der Völker kaum und versuchte die einst so mächtigen nationalen, historisch gewachsenen Bindungskräfte für ein befriedetes Europa durch abstrakte, rechtliche Konstruktionen zu ersetzen. Man orientierte sich dabei sogar bis heute oft an den USA, deren Geschichte doch eine ganz andere war und schließlich auch erst durch einen hegemonialen Bürgerkrieg von Nord gegen Süd zur Einheit geführt werden konnte. Und dann dauerte es doch noch über 100 Jahre bis ein Präsident der Republikanischen Partei im Süden der USA politisch Fuß fassen konnte – denn Lincoln, der siegreiche Nordstaatler, war Republikaner gewesen! Und so ist es kein Wunder, dass sogar noch heute vieles in den USA viel föderaler organisiert ist, als es Kommission und Parlament in der EU zulassen wollen.

Die Gründungsväter von 1957 allerdings, die Unterzeichner der Römischen Verträge selbst, sogar Jean Monnet (oft als der wichtigste Gründungsvater gepriesen), sie waren damals in ihren Erwartungen bescheidener. Doch schon der erste Präsident der Kommission, Walter Hallstein, Beamter, Jurist und nicht Politiker, verstand unter den von ihm geforderten „Vereinigten Staaten von Europa“ einen starken zentralen Staat, geführt von einer Kommission und deren „Aufsichtsrat“, den Chefs der Nationalstaaten. „Supranationalität“ nicht Subsidiarität war sein Stichwort, sein Ziel. Und das galt letztlich auch für Jacques Delors, den anderen großen, Europa prägenden Kommissionspräsidenten. Auch er kein Politiker, kein in erster Linie gewählter Mann, kaum erfahren in den Mühsalen demokratischer Prozesse und störrischer nationaler Mentalitäten (wenn man von seiner kurzen Mitgliedschaft im europäi-

schen Parlament von 1975-1981 absieht). Beide, Hallstein und Delors, vertraten juristisch konstruierte Konzeptionen und waren getrieben von der Überzeugung, nur ein großes, europäisches Staatsgefüge könne dem wachsenden internationalen Wettbewerb anderer Großmächte gewachsen sein. Man könne also – etwas salopp gesagt – Europa bauen als sei es ein Legokasten. Die Europäische Union ist aber kein kulturelles Projekt – wo es viele Gemeinsamkeiten gibt – sondern ein politisches, wo Unterschiede in Geschichte, Mentalität und Strukturen erheblich sind.

Schon die pauschale Blickweise auf vereinheitlichte „Größe“ war in dieser Allgemeinheit vermutlich rückwärtsgewandt. Hallstein konnte natürlich damals noch nicht die tief greifenden Veränderungen der Globalisierung und des diese treibenden Internets (und deren Kommunikationsgeschwister) berücksichtigen; Delors schon eher. Globalisierung ist ein evolutionärer Prozess und hat als solcher inzwischen die Bedeutung der Größe eines Staates relativiert und durch die Fähigkeit zur Flexibilität ersetzt. In mancher Beziehung – wie übrigens oft in der Evolution – kann Größe dabei sogar hinderlich sein. Das Tempo der wissenschaftlichen und weltwirtschaftlichen Veränderungen jedenfalls erlaubt gegenwärtig ganz offenbar kleineren Einheiten eher eine erfolgreichere Entwicklung. Die Hitliste der Wettbewerbsfähigkeit verschiedener Industriestaaten, zum Beispiel, nennt 2012 unter den besten fünf diese Reihenfolge: Schweiz, Singapur, Finnland, Schweden und die Niederlande. Dann erst folgt Deutschland und darauf dann die USA. Zufall? Die Frage ist also: Größe für welche Aufgabe, Dezentralität für welche anderen Aufgaben.

Die Schlussfolgerung aus dieser Erfahrung lautet aus meiner Sicht: Belasst im Prozess der Globalisierung, auch um der Flexibilität willen, möglichst viel Verantwortung bei den kleineren Einheiten, also heute bei den Nationalstaaten. Denn je mehr Verantwortung diese tragen, desto flexibler und demokratischer bleibt das ganze „System Europa“.

Dieser Grundsatz gilt übrigens immer, wenn Staaten mit langer Geschichte, wenn Gemeinschaften verschiedener Sprache, Religion und sozialer Tradition sich miteinander zu einem Bund zusammenfinden sollen. Hier ist dann in Zeiten der Globalisierung nichts wichtiger als eine klare Begrenzung der Aufgaben, die auf zentraler Ebene geordnet werden sollen. Die Frage, was in Europa auf lokaler was auf regionaler Ebene was von den Nationalstaaten und was gemeinsam, also zentral, zu entscheiden und zu verantworten sei, wird aber heute für Europa nicht im Systemverständnis geklärt. Nicht ohne Grund beherrschen in den USA, in der Schweiz, in Kanada usw. – also in föderal organisierten Staaten – Fragen des Föderalismus den innenpolitischen Dialog. Auch Deutschland hatte ja im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts zwei bedeutsame Föderalismuskommissionen; streitig, aber dann doch sehr produktiv: Klarere Abgrenzungen der Verantwortungen, z. B. für das Bildungs-

wesen und deutlichere Verantwortungen für die Finanzen (z. B. durch die Einführung der Schuldenbremse), waren u. a. das Ergebnis.

Auch Europa versteht sich als föderaler Verbund. In der Europäischen Union scheint aber bis heute das undefinierte und niemals konkretisierte Stichwort „Subsidiarität“ zu genügen. Wer, zum Beispiel, die Zuständigkeitskataloge der Europäischen Union (Artikel 2, 3 und 4 des Vertrages über die Arbeitsweise) und dann das „Protokoll (Nr. 2) zur Anwendung“ liest, kann das Buch nur verwirrt schließen. Alle können für alles zuständig sein. Vermutlich sieht die Kommission in ihrem Selbstverständnis deswegen auch alles als ihre Zuständigkeit an. Trotz des Gebotes der „Subsidiarität“ bleibt Einheitlichkeit das Ideal von Kommission und Parlament. Diese widerspricht jedoch nicht nur dem Konzept des Föderalismus und der in Lissabon vertraglich vereinbarten „Subsidiarität“, sie macht auch unflexibel und könnte am Ende tödlich für Wirtschaft und Demokratie in Europa sein. Die Betonung der Subsidiarität ist deswegen nicht „euroskeptisch“, sie unterscheidet nur funktional wer in Europa wofür zuständig sein sollte.

Wenn aber diese Analyse stimmt, nämlich dass in der sich evolutionär entfaltenden Globalisierung Flexibilität eine zentrale Voraussetzung für das soziale Überleben sein wird und, dass Flexibilität ohne ständige demokratische Rückkoppelung wiederum nicht denkbar ist, dann müssen wir auch den institutionellen Aufbau und die Integration der Europäischen Union in erster Linie aus dieser Sicht entwickeln. Das wiederum heißt, Europapolitik sollte soviel wie irgend möglich bei den Mitgliedstaaten belassen, weil nur eine Politik der auf die Besonderheiten der Nation angepassten Maßnahmen eine erfolgreiche Politik für Industrie, Dienstleistung, Arbeitsrecht und Sozialpolitik in Europa ermöglicht. Nur in der „Subsidiarität“ kann Europa den internationalen Wettbewerbsbedingungen erfolgreich entsprechen. Wer nämlich - um nur zwei Beispiele zu nennen - versuchen würde schwedische mit italienischer Sozialpolitik oder deutsche mit französischer Industriepolitik zu fusionieren, der müsste heute - und auf jede absehbare Zeit - scheitern, und würde im Scheitern schließlich Europa zerstören. Für Außenwirtschaft und Verteidigungspolitik, zum Beispiel, würde etwas anderes gelten.

Die Krise hat uns also an eine bedeutsame Wegscheide geführt: Soll die Zukunft mehr europäische Zentralität erbringen, wirklich sozialpolitisch, wirtschaftlich und haushaltspolitisch „Vereinigte Staaten“ schaffen, dann auch mit weitreichender, gemeinsamer Haftung für die Schulden aller Mitgliedstaaten in europäischer Solidarität, oder braucht ein leistungsfähiges, demokratisches Europa die Nationalstaaten als Basis politisch akzeptierter, also demokratisch legitimer Verantwortung unter einem föderativen europäischen Dach? In Schlagworten: „Vereinigte Staaten von

Europa“ oder Europa als „Vaterland der Vaterländer“, diese Frage steht hinter allen gegenwärtigen europäischen Debatten und Streitfragen.

Wenn wir diese Debatte offen, aufrichtig und selbstkritisch führen, dann müssen wir zu allererst bereit sein die notwendigen Schlüsse aus der Eurokrise zu ziehen: Der Euro in dieser Form zum damaligen Zeitpunkt mit dieser Mitgliedschaft war ein schwerwiegender Fehler – den Euro heute aufzugeben, wäre es allerdings auch. Wenn wir nun die bitteren gegenwärtigen Erfahrungen der Eurozone nicht verstehen und nicht daraus lernen, sondern - wie kürzlich zum Beispiel Jürgen Habermas oder die Europa-Abgeordneten Cohn-Bendit und Verhofstadt - ein von dieser Erfahrung ungetrübtes „weiter so und nun erst recht“ postulieren, dann handeln wir unprofessionell und leichtfertig. Können diese Freunde Europas denn die zentrifugalen Kräfte nicht erkennen, die heute sogar zu einem neuen Separatismus innerhalb der Nationalstaaten führen? Vielleicht sollten diese gutwilligen Enthusiasten, die immer weitere Zentralisierung und immer neue Aufgaben und Kompetenzen für Kommission und Europäisches Parlament verlangen, auch einmal auf einige sozialwissenschaftliche Daten blicken: Da stellte, zum Beispiel, das Allensbacher Institut im Oktober 2012 die Frage, wo der deutsche Bürger meint, keinerlei Einfluss zu haben: Bei lokalem Geschehen sind es nur 14 %, bei Entscheidungen auf europäischer Ebene aber 75 %! Und wollen wir dann, gute Demokraten die wir doch auch sein sollten, immer mehr Zuständigkeiten an Kommission und EU-Parlament übertragen und so dem Einfluss der Bürger entziehen? Wo wären dann Mehrheitsentscheidungen eines aus 27 Staaten zusammengesetzten Parlaments eine befriedigende Antwort für deutsche Bürger? In welchen Aufgabenbereichen?

1939 schrieb Hayek einen bemerkenswerten Artikel mit dem Titel „Die wirtschaftlichen Voraussetzungen föderativer Zusammenschlüsse“. Da heißt es:

„Wenn wohl in einem Nationalstaat die Unterwerfung unter den Willen einer Majorität durch den Mythos der Nationalität erleichtert wird, so muss es doch klar sein, dass die Bevölkerung sich nicht willig Eingriffen in die Dinge ihres täglichen Lebens fügen wird, wenn die Majorität, die die Regierungsgeschäfte lenkt, aus Menschen von anderer Nationalität und anderen Traditionen besteht. Schließlich entspricht es nur dem gesunden Menschenverstand, die Zentralregierung in einem Bundesstaat, der aus vielen verschiedenen Völkern zusammengesetzt ist, in ihrem Tätigkeitsbereich einzuschränken, wenn sie es vermeiden soll, wachsenden Widerstand vonseiten, der verschiedenen zu ihm gehörigen Gruppen zu begegnen“.

Gut, Hayek ist bei diesen stürmischen Europäern ohnehin nicht sehr beliebt, aber klug scheinen seine Gedanken dann doch. Und „gesunder Menschenverstand“ wäre unentbehrlich, auch in der Europapolitik.

Wenn wir die Ursachen der Eurokrise aber verstehen, dann kann die Krise Europas uns sogar voranbringen. Denn nun sind wir gezwungen, die Folgen der Globalisierung für unsere Gesellschaften und die daraus resultierenden Konsequenzen für den institutionellen Aufbau unseres Kontinents zu überdenken. Erfolgreich werden wir dabei allerdings nur sein, wenn wir die wahren Ursachen der Krise verstehen, wenn wir die Krise nicht auf Banken und Ratingagenturen schieben, sondern erkennen, dass wir selbst die Ursachen geschaffen haben. Und das heißt: Die Wurzeln der Krise waren nicht Banken, sondern ein Euro, der eine leichtfertige Vernachlässigung der historischen und mentalen nationalen Unterschiede im Prozess der europäischen Integration mit sich brachte.

Denn es war diese Missachtung der großen Unterschiede, die dazu führte, dass einige Mitgliedstaaten nach der Euroeinführung, weil sie nämlich ihre alte Gewohnheit der Wechselkursanpassung durch Abwertung nicht mehr ausüben konnten, nicht die politische Kraft hatten nun durch Reformen mit den Anforderungen der Globalisierung Schritt zu halten. Statt dessen erlagen sie der süßen Verlockung niedriger Zinsen im Euroraum, verloren Wettbewerbsfähigkeit und häuften Schulden über Schulden. Wer aber Mitglied einer weltoffenen EU bleiben will, der muss die für eine Wirtschaft in der Globalisierung notwendigen innenpolitischen Anpassungen jetzt schmerzhaft und eilig nachholen.

Denn nichts anderes drängt doch heute die südlichen Mitgliedstaaten zu den dort so heftig umstrittenen Reformen. Es ist eben kein „deutsches Diktat“ wenn Europa sparen und seine Gesellschaften flexibler organisieren muss, sondern es sind globaler Wettbewerb und Globalisierungserfahrungen, die uns Deutsche auch in anderen europäischen Ländern auf diese Reformen drängen lassen! Ich wünsche mir, wir würden dies in Europa endlich klarer machen. Allerdings: auch wir Deutschen werden uns erneut der Aufgabe weiterer Anpassungen an die Herausforderungen der Globalisierung stellen müssen.

Nur wenn wir Europäer diese Notwendigkeit ständiger gesellschaftlicher Anpassungen an eine freie, global eingebettete Gesellschaft begreifen, dann die notwendigen Reformen politisch und demokratisch eingehend begründen und durchsetzen, wird auch der Euro überleben können. Aber wo die Völker einerseits für ihre Budgetpolitik auf nationaler Souveränität beharren und andererseits eine zentralisierte Haftungsgemeinschaft für fremde Staatsschulden fordern, kann es keinen Fortschritt geben .

Was muss also in der drängenden Eurofrage geschehen? Zunächst bleibt es dabei, dass die bisher mit Schulden überdeckten Anpassungsnotwendigkeiten nicht durch neue Schulden erleichtert werden können. „Austerity“, Schuldenbegrenzung, ist ein erster, unerlässlicher, wenn auch schmerzhafter Schritt. Dieser Schritt der „Schuldenbremse“ muss aber von Reformen begleitet werden, die wieder eine internationale (nicht nur inneneuropäische!) Wettbewerbsfähigkeit jedes einzelnen Mitgliedstaates herstellen. Sodann muss ein System der Fiskalkontrolle so umgesetzt werden, dass man zwar die in den nationalen Haushalten verankerte Notwendigkeit einzelner Anpassungsschritte bei den Mitgliedstaaten belässt, denn nur sie können die konkreten Schritte demokratisch umsetzen. Aber im Haushaltsvolumen selbst muss es wirksame Disziplinierungen durch zentrale Institutionen der EU geben. Der Vorschlag, ein Finanzkommissar könne einen überbordenden nationalen Haushalt pauschal verwerfen, erscheint insofern vernünftig. Aber am Ende muss auch für nationale Schulden eine nationale Haftung bestehen. Und das wird nur durch die organisierte Möglichkeit einer Insolvenz von Mitgliedstaaten der Eurozone erreichbar sein. Diese Drohkulisse ist noch immer das beste Instrument für ein Bewusstsein eigener staatlicher Verantwortung.

Wenn das alles in der Eurozone geordnet sein wird, dann allerdings steht im Notfall einer gegenseitigen Solidarität nichts im Wege. Aber diese kann es eben nur im Ausnahmefall geben: Eine nationale Haushaltssouveränität neben unbegrenzter solidarischer Haftung für die Schulden anderer Mitgliedstaaten wäre ein Unding.

Ich sagte es bereits: Für das Dach Europa, für die Europäische Union, bleiben dann noch immer viele große Aufgaben: Außenwirtschaft, Verteidigung, Binnenmarkt, Wettbewerbsregeln, Verkehrsregeln, Energiesicherheit, Umweltschutz usw. – hier und in vielen anderen Bereichen ist gemeinsames Handeln nützlich und notwendig. Aber wer glaubt, man könne in der Europäischen Union die Einzelheiten der Sozialpolitik, der Lohnpolitik, der Forschungspolitik, der Technologiepolitik oder gar die Steuerung der nationalen und regionalen Konjunkturen vergemeinschaften, der hat weder das nationale Beharren noch die Produktivität dieses Beharens begriffen. Eine europäische Sozialpolitik, zum Beispiel, würde Europa unregierbar machen.

Europa braucht jetzt einen neuen Anlauf für seine institutionelle Ordnung, für die Verteilung von Aufgaben und Zuständigkeiten an Rat, Kommission und Parlament. Subsidiarität muss systematisch konkretisiert werden. Angesichts der Machtinteressen von Kommission und Parlament allerdings ein nahezu hoffnungsloses Unterfangen.

Europa ist eine Flotte im Verbund. Aber nicht der Wind bestimmt die Richtung des Schiffes, sondern das Segel, wie man es setzt. Und wenn die Staatsschiffe der Union so verschieden groß und historisch auch so unterschiedlich gebaut sind, wie wir sie

heute vor uns sehen, dann müssen auch diese Schiffe im Sturm der Globalisierung ihre Segel unterschiedlich setzen - um im großen Verband sicher in derselben Richtung fahren zu können.

Nur ein dezentral verantwortliches pragmatisches Europa, eng verbunden im Ziel und in denjenigen Aufgaben, die unbedingt zentral geregelt sein müssen, aber viel freier in der Einzelentscheidung der Nationen, kann die Zukunft sichern. Nur ein offener Lernraum nationaler „best practices“ wird Europa in der Globalisierung wettbewerbsfähig erhalten. Die zentralisierten „Vereinigten Staaten von Europa“ mögen ein Traum bleiben, ein Traum für sehr viel spätere Zeiten. Seine Träume mag man sich bewahren: Aber auf dieser Erde geht man doch sicherer Schritt für Schritt.